



Politik für transeuropäische Netze und für europäische Wachstumsinvestitionen: die Verbindung Lyon-Turin ist Realität!



Autoren: : Marc Lavédrine, François Lépine

Anlässlich der Einigung zwischen dem Rat der Verkehrsminister und dem Europäischen Parlament, die den Weg frei machen könnte für eine Richtlinie zur Schaffung eines 'Einheitlichen Europäischen Eisenbahnraums', veröffentlicht die Robert Schuman Stiftung in ihrer Reihe "Questions d'Europe" ein Interview mit François Lépine und Marc Lavédrine, stellvertretender Direktor und Generalbeauftragter des Transalpine-Comités Lyon-Turin zum Thema europäische Verkehrspolitik. Im Interview werden die Vorschläge der Europäischen Kommission von Oktober 2011 zum transeuropäischen Verkehrsnetz erläutert. Darüber hinaus werden die Investitionen in das Schnellverbindungs- und Pilotprojekt Lyon-Turin dargestellt. Die Interviewpartner geben abschließend Empfehlungen zur Schaffung eines europäischen Rechts- und Finanzrahmens, der auf Projekte dieser Größenordnung ausgerichtet ist.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Integration/EU - Atlas/EU - Ratifizierung/Vertrag **Wahlen** : Island
Finanzkrise : Gipfel/Rom - Eurogruppe - Wirtschaft/Finanzen - G20 - Spanien -
Finnland - Rumänien - Großbritannien - Slowakei **Kommission** : Fremdsprachen -
Gleichstellung **Rat** : Landwirtschaft - Züge - Beschäftigung - Island - Türkei -
Diplomatie **Europäischer Rat** : Renten **Diplomatie** : Iran **Europäische**
Agenturen : Weltraum **Deutschland** : Bundesverfassungsgericht/Europa -
Ratifizierung? - Referendum? **Österreich** : Korruption **Spanien** : Fiskalpakt
Frankreich : Regierungsumbildung **Griechenland** : Regierung **Ungarn** : Zentralbank
Italien : Interview **Lettland** : Rücktritt **Ukraine** : Ukraine - Timoschenko
UNO : Rio+20 - Syrie **OECD** : Korruption **Eurostat** : BIP - Asyl
Berichte/Studien : Östliche Partnerschaft - EU/Indien - Schutz/Daten
Kultur : Ausstellung/Malmö - Ausstellung/Bonn - Festival/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Bankenunion? Fiskalpakt? Politik? Lexikon für die Krise

Als möglichen Ausweg aus der Krise gibt es zahlreiche Stimmen, die für einen Sprung in Richtung mehr Föderalismus werben. Wenige Tage vor



dem Europäischen Rat am 28. und 29. Juni erläutert der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, die wichtigsten Punkte innerhalb der Debatte. Er spricht sich für eine dreistufige Integration aus: Bankenunion, Fiskalunion und politische Union... [Fortsetzung](#)

Aktualisierung der politischen Daten auf den Internetseiten des Atlas



Nach der Bildung einer neuen Regierung in Griechenland unter Premierminister Antonis Samaras und nach der Zusammenstellung einer neuen französischen Regierung am 21. Juni hat die Robert Schuman Stiftung ihre politische Europakarte und die politischen Daten von Frankreich und Griechenland auf der Seite www.atlas-permanent.eu aktualisiert. Die Internetseite ist eine Ergänzung zur gedruckten Ausgabe des "Atlas permanent de l'Union européenne", herausgegeben von Jean-Dominique Giuliani und Pascale Joannin, Präsident und Generaldirektorin der Stiftung. Der Atlas kann über die Internetseiten der Stiftung jederzeit bestellt werden - warten Sie nicht länger!.. [Fortsetzung](#)

Stand der Ratifizierungen des Fiskalpakts



Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht eine Übersicht über den Stand der Ratifizierung des Fiskalpakts in den verschiedenen Ländern der Europäischen Union (in Deutschland ist die Ratifizierung für den 29. Juni geplant). Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses des Newsletters hatten 7 von 25 Ländern den Fiskalpakt ratifiziert, der offiziell den Titel "Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion" trägt... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Meinungsumfragen eine Woche vor den Präsidentschaftswahlen in Island



Am kommenden 30. Juni wählen ungefähr 240 000 Isländer ihren neuen Präsidenten. Der jetzige Amtsinhaber Olafur Ragnar Grimsson stellt sich erneut zur Wahl, es wäre seine 5. Amtszeit. Neben Grimsson gibt es 5 weitere Kandidaten: Thora Arnorsdottir, Ari Trausti Gudmundsson, Herdis Thorgeirsdottir, Hannes Bjarnason, Andrea Olafsdottir. Nach der letzten Meinungsumfrage, die vom Institut Capacent Gallup für den Fernsehsender RUV durchgeführt wurde, liegt Olafur Ragnar Grimsson an erster Stelle. Er erreicht laut Meinungsumfrage 44,8% der Stimmen, gefolgt von Thora Arnorsdottir mit 37% der Stimmen. Ari Trausti Gudmundsson kommt auf 10,5% der Stimmen, gefolgt von Herdis Thorgeirsdottir mit 5,3%, Andrea Olafsdottir mit 1,7% und Hannes Bjarnason mit 0,7% der Stimmen... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Minimaleinigung über Wachstumspakt



Am 22. Juni trafen sich die Regierungschefs Deutschlands, Spaniens, Frankreichs und Italiens in Rom, um sich auf eine gemeinsame Position zu einigen für eine Lösung der Schuldenkrise im Hinblick auf den Europäischen Rat am 28. und 29. Juni. Die Regierungschefs einigten sich auf einen Wachstumspakt, für den insgesamt 130 Milliarden Euro bereit gestellt werden. Sie sprachen sich für die freiwillige Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus. Nach wie vor gibt es unterschiedliche Ansichten zur Frage, wie die Währungsunion gestärkt werden kann. Einigung besteht hinsichtlich der Schaffung einer Bankenunion, jedoch gibt es unterschiedliche Ansichten über die genauen Modalitäten. Für die Bundeskanzlerin ist eine Rekapitalisierung der Banken durch den Einsatz von Mitteln aus dem Rettungsfonds keine langfristige Lösung. Die Bundeskanzlerin steht auch Eurobonds nach wie vor ablehnend gegenüber, während der französische Präsident deren Einführung innerhalb der nächsten "10 Jahre" fordert... [Fortsetzung](#)

Ergebnisse des Treffens der Eurogruppe

Am 21. Juni gaben die 17 Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone



bekannt, dass sie erwarteten, dass Spanien bis zum 25. Juni offiziell seinen Hilfsantrag einreicht. Darüber hinaus erörterten die Minister die Schlussfolgerungen des Jahresberichts des Internationalen Währungsfonds zur Haushalts- und Finanzlage in der Eurozone. Die Minister erklärten, dass sie "weitgehend" mit den Schlussfolgerungen des IWF übereinstimmen würden. Die Minister nahmen zur Kenntnis, dass Griechenland und seine neue Regierung entschlossen sei, im Euroraum zu bleiben und seinen Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union und der Eurozone nachzukommen. Die Minister erörterten darüber hinaus die Haushalts- und Finanzlage in Portugal und Irland, wie auch die Vorbereitungsmaßnahmen zum Start des dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)... [Fortsetzung](#)

Hauptinhalt der Gespräche beim Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Am 22. Juni erklärten die 27 Finanzminister der Union, dass sie weiter für einen Abbau von Handelsbeschränkungen im Binnenraum eintreten werden, um hierdurch Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Ferner wurde eine Beendigung der Verfahren gegen Deutschland und Österreich wegen überhöhtem Defizit beschlossen. Die Zahl der Defizitsünder beläuft sich somit auf 21. Die Aussetzung der Zahlung von Hilfgeldern an Ungarn wurde ebenso beendet. Abschließend wurde den Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters 2012 zugestimmt. Diese Empfehlungen betreffen die Wirtschaftspolitik, wie sie in den nationalen Reformprogrammen dargestellt werden... [Fortsetzung](#)

Abschlussklärung G20-Gipfel



Am 18. und 19. Juni trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20-Staaten in Mexiko. In ihrer Abschlussklärung hielten sie fest, dass sie entschlossen seien, "Wachstum und Beschäftigung zu fördern" und gemeinsam für eine "Stärkung des Aufschwungs" einzutreten. Ferner wollen sie "die Spannungen auf den Finanzmärkten reduzieren", "die Nachfrage steigern" und "das Vertrauen zurück gewinnen". In der Erklärung hielten sie fest, dass die G20-Mitglieder, die dem Euroraum angehören, "alles Notwendige unternehmen werden, um die Stabilität und Integrität der Eurozone zu erhalten, um die Funktion der Finanzmärkte zu verbessern und um den Kreislauf aus Bankenschwierigkeiten und Staatsschwierigkeiten zu unterbrechen". Es wurden darüber hinaus Maßnahmen zur Unterstützung der Weltwirtschaft diskutiert, wie auch für mehr Beschäftigung und soziale Sicherheit. Darüber hinaus war Gesprächsinhalt der internationale Handel, Reformen für den Finanzsektor, Preisschwankungen für Rohstoffe, nachhaltige Entwicklung und der Kampf gegen Korruption... [Fortsetzung](#)

Spanien stellt offiziell Hilfsantrag bei der Eurozone



Am 21. Juni gab der spanische Wirtschafts- und Wettbewerbsminister bekannt, dass er die Ergebnisse des Stresstests für 14 Bankengruppen in Spanien, die 90% des spanischen Bankensektors ausmachen, erhalten habe. Die Stresstests wurden von zwei unabhängigen Auditbüros durchgeführt. Entsprechend der Ergebnisse aus den Stresstests benötigt der spanische Bankensektor zwischen 16 und 26 Milliarden Euro und unter pessimistischer Annahme sogar zwischen 51 und 62 Milliarden Euro. Am 25. Juni schickte der spanische Wirtschaftsminister, Luis de Guindos, im Namen der spanischen Regierung dem Präsidenten der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, ein Schreiben, indem er offiziell um Hilfgelder der Eurozone bat, ohne Details zu erläutern. Diese sollen bis zum 9. Juli feststehen, dies ist das Datum für das nächste Treffen der Eurogruppe... [Fortsetzung](#)

Finnische Abgeordnete stimmen für ESM



Am 21. Juni ratifizierte das finnische Parlament (Eduskunta) mit 104 gegen 71 Stimmen den Vertrag zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Das Land wird nunmehr in einer einzigen Zahlung seinen Beitrag in Höhe von 1,44 Milliarden Euro leisten... [Fortsetzung](#)

Rumänien erhält Hilfgelder in Höhe von 320 Millionen Euro vom IWF



Am 22. Juni stimmte der Internationale Währungsfonds der zusätzlichen Auszahlung von Hilfgeldern an Rumänien in Höhe von 320 Millionen Euro zu. Es handelt sich um Vorsichtsmaßnahmen. Insgesamt erhält Rumänien vom IWF somit 2,7 Milliarden Euro an Hilfgeldern. Nach Aussage der rumänischen Regierung handelt es sich um ein "Sicherheitsnetz", eine Verwendung für Kredite ist nicht geplant. Der IWF hatte im März 2011 seine Hilfe zugesagt und so ermöglicht, dass das Land sich 3,7 Milliarden Euro leihen konnte. Der IWF bewertet die Wirtschaftsleistung Rumäniens positiv und geht von einem Anstieg des Wachstums im zweiten Halbjahr 2012 aus... [Fortsetzung](#)

Erhöhte Arbeitslosigkeit in Großbritannien im Mai



Am 20. Juni gab das Nationale Statistikbüro Großbritanniens bekannt, dass im Mai 2012 die Zahl der Arbeitslosen weiter angestiegen ist. Anstatt eines vorhergesagten Rückgangs um 3000 gab es einen Anstieg um 8100 Arbeitslose. Von Februar bis April 2012 gab es jedoch 51 000 weniger Arbeitslose, die Arbeitslosenquote beträgt für das 1. Quartal 2012 8,2%... [Fortsetzung](#)

Slowakische Abgeordnete stimmen für den Europäischen Stabilitätsmechanismus



Das slowakische Parlament ratifizierte am 22. Juni den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der den Mitgliedsländern der Eurozone, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, helfen soll und der am 1. Juli in Kraft treten soll. Von 144 anwesenden Abgeordneten (bei 150 Parlamentariern) stimmten 118 für den ESM, es gab 20 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen. Die Sozialdemokratische Partei Smer-SD des Premierministers Robert Fico, die über eine komfortable Mehrheit von 83 Abgeordneten verfügt, wurde von der Opposition SDKU-DS unterstützt und von der Partei der ungarischen Minderheit Most-Hid... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Studien der Europäischen Kommission zu Sprachkenntnissen



Am 21. Juni veröffentlichte die Europäische Kommission zwei Studien zu Fremdsprachenkenntnissen der Europäischen Bürger. Die erste Studie von Eurobarometer unter dem Titel "Die Europäer und ihre Sprachen" zeigt, dass 98% der Befragten davon ausgehen, dass die Beherrschung einer Fremdsprache "einen Trumpf" darstellt für die Zukunft der Kinder. Am gleichen Tag wurden die Ergebnisse der ersten europäischen Umfrage über Fremdsprachenkenntnisse veröffentlicht, zu der 54 000 junge Menschen zwischen 14 und 15 Jahren in der Europäischen Union befragt wurden. Nur 42% von ihnen können die Sprache, die sie als 1. Fremdsprache gelernt haben, auch tatsächlich sprechen und lediglich knapp 25% beherrschen zwei Fremdsprachen... [Fortsetzung](#)

Mehr Frauen in Aufsichtsräten



Am 19. Juni traf Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz und Grundrechte, mit europäischen Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftshochschulen und Frauen in leitender Position zusammen, um über die Fortschritte bei der Chancengleichheit in den Unternehmensaufsichtsräten zu sprechen. Die Liste der "aufsichtsratsfähigen Frauen" wird immer länger. Obgleich rund 60 % der Hochschulabsolventen Frauen sind, sind sie viel zu wenig in den Aufsichtsräten der größten börsennotierten Unternehmen in Europa (Anteil von nur 14 %) und unter den Vorstandsvorsitzenden (nur 3 %) vertreten. Den Wirtschaftshochschulen kommt eine wichtige Aufgabe zu, denn sie bereiten junge Frauen auf eine Karriere in der Wirtschaft vor und können ihnen helfen, an die Unternehmensspitze zu gelangen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Fortschritte in der gemeinsamen Agrarpolitik



Am 18. Juni erörterten die 27 Landwirtschafts- und Fischereiminister der Europäischen Union neue Regelungen zur Entwicklung im ländlichen Raum. Obwohl zwischen den Mitgliedsländern Einigkeit besteht über die grundsätzliche Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gibt es nach wie vor unterschiedliche Ansichten über die Finanzierung der Programme zur Entwicklung im ländlichen Raum. Die Minister erörterten einen Zwischenbericht zur Reform der GAP, der im Oktober 2011 initiiert wurde. Der Bericht wurde positiv aufgenommen, es wurde übereinstimmend erklärt, dass er "die Debatten innerhalb des Rats genau wiedergibt". Darüber hinaus wurden die Themen Tierschutz, Resistenz gegen Schädlingsbekämpfungsmittel, Biolandwirtschaft und Milchwirtschaft besprochen... [Fortsetzung](#)

Einigung für einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum



Am 19. Juni einigten sich die europäischen Abgeordneten und der Rat auf Regelungen für einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum. Für eine endgültige Einigung muss der Vorschlag zunächst im Juli vom Europäischen Parlament und danach vom Rat abgesegnet werden. Zu den ausgehandelten Punkten zählt die Verpflichtung zu unabhängigen Kontrollinstanzen wie auch die Frist zur Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht (30 Monate nach Inkrafttreten). Es handelt sich um eine Reform dreier Richtlinien aus dem "Eisenbahnpaket", das zum Ziel hat, die gesetzlichen Regelungen zu vereinfachen, klarer zu fassen und zu modernisieren. Ziel ist eine Ankurbelung des Wachstums und eine Verbesserung der Investitionsbedingungen in diesem Bereich... [Fortsetzung](#)

Ergebnisse des Ratstreffens "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher"



Am 21. Juni trafen sich die 27 Minister für Arbeit und Soziales, um über die aktuellen Entwicklungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu sprechen. Sie nahmen das "Beschäftigungspaket" der Europäischen Kommission zur Kenntnis, wie auch den Bericht zur Situation der Arbeiter. Diesbezüglich einigten sie sich auf ein "Programm für sozialen Wandel und Innovation". Darüber hinaus einigten sie sich in bestimmten Punkten auf das jährliche europäische Programm im Gesundheitswesen für den Zeitraum 2014-2020 und sie diskutierten über Bedrohungen aufgrund von grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren... [Fortsetzung](#)

Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mit Island



Am 22. Juni fand das 4. Treffen auf Ministerebene zur Prüfung des Beitritts Islands zur Europäischen Union statt. Es wurde beschlossen, drei neue Kapitel zu eröffnen, die die Bereiche Verkehr, Sozialpolitik und Beschäftigung und Finanzkontrolle betreffen. Auch die am 30. März besprochenen vier weiteren Kapitel waren Gegenstand der Gespräche. Zudem werden die Kapitel Wettbewerbspolitik und Energiepolitik bearbeitet... [Fortsetzung](#)

Einigung zwischen EU und Türkei über Wiederaufnahme illegaler Einwanderer



Am 22. Juni fand das 5. Treffen des Assoziierungsrates EU-Türkei statt. Auf dem Treffen wurden die Schwierigkeiten der Türkei bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien besprochen, wie auch die darüber hinausgehenden aktuellen Hindernisse für ein Voranschreiten der Beitrittsverhandlungen. Bereits am 21. Juni unterzeichneten die Europäische Union und die Türkei ein Abkommen über die Rückführung und Wiederaufnahme illegaler Einwanderer, wobei sich die Europäer am darauf folgenden Tag auf Visaerleichterungen für türkische Bürger verständigten, wie die Europäische Kommission bekannt gab. Die Kommissarin für Auswärtige Angelegenheiten, Cecilia Malmström, begrüßte die Unterzeichnung der Einigung, die "in unserem beiderseitigen Interesse eine bessere Kontrolle der Grenzen und eine bessere Kontrolle der Einwanderung erlauben wird". Die Regierung Dänemarks strebt eine offizielle Unterzeichnung des Wiederaufnahme-Abkommens vor dem Ende der dänischen Ratspräsidentschaft am 30. Juni an... [Fortsetzung](#)

Neue Sanktionen gegen Syrien



Die Europäische Union verabschiedete am 25. Juni neue Sanktionen gegen Syrien, die das bestehende Waffenembargo ausweiten und auch weitere Bereiche betreffen. Es ist bereits die 16. Verschärfung europäischer Maßnahmen gegen das Regime in Damas. Sechs Gesellschaften und Verwaltungen und eine Person wurden der Liste zum Einfrieren von Vermögen und zur Verhängung von Einreiseverboten hinzugefügt. Das Embargo betrifft auch Versicherungen von Waffenlieferungen. Die Europäische Union ist ebenso bereit, im Falle von ausbleibenden Verhandlungsfortschritten bezüglich des umstrittenen Nuklearprogramms die Sanktionen gegen den Iran noch weiter zu verschärfen... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Van Rompuy plädiert für Anpassung des Renteneintrittsalters an gestiegene Lebenserwartung



Der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, äußerte sich in einem Interview mit der Welt am Sonntag vom 24. Juni zu einer möglichen Verknüpfung des Renteneintrittsalters mit der Lebenserwartung und einer entsprechenden Änderung der Rentensysteme in den Mitgliedsländern. "Es könnte an die gesamte Union Empfehlungen ausgesprochen werden, wie beispielsweise dass es eine Beziehung gibt zwischen Renteneintrittsalter und Lebenserwartung", erklärte Herman Van Rompuy. Seiner Ansicht nach ist es entscheidend, dass "nicht nur Empfehlungen gemacht werden, sondern dass diese auch verpflichtend sind". Diese Frage wird auf dem anstehenden Europäischen Rat am 28. und 29. Juni besprochen werden. Die Robert Schuman Stiftung hat hierzu eine Übersicht veröffentlicht, zum besseren Verständnis des Rentensystems der 27 Mitgliedsländer der EU in der Europäischen Union... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diplomatie :

Keine Einigung bezüglich iranischem Nuklearprogramm



Nach zwei Verhandlungstagen am 18. und 19. Juni in Moskau konnte zwischen den beteiligten Verhandlungsparteien und dem Iran keine Einigung gefunden werden zur Frage des Nuklearprogramms. Der Iran wurde erneut aufgefordert, die Anreicherung von Uran auf 20% einzustellen und seine unterirdische Anlage in Fordo zu schließen. Catherine Ashton, die Hohe Repräsentantin der Europäischen Union und die Gesandte der 5+1-Gruppe (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) erklärte, dass es "gravierende Unterschiede über essentielle Inhalte zwischen den Parteien" gäbe. Ein neues Treffen ist für den 3. Juli vorgesehen, um die Situation zu klären. Nach Aussage von Catherine Ashton "liegt die Entscheidung in den Händen Irans und wir warten darauf, dass das Land sich einem Problem stellt, das die gesamte internationale Gemeinschaft betrifft"... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Näher an den Geheimnissen des Universums



Am 20. Juni gab die ESA (European Space Agency) ihre Zustimmung zum Start des Satelliten Euclid. Der Satellit soll die schwarze Energie analysieren, die für die Ausbreitung des Universums ursächlich ist; er wird 2020 starten. Mit einem Budget von 800 Millionen Euro, einem Teleskop von 1,2 Meter Durchmesser und der möglichen Beobachtung von 10 Milliarden Lichtjahren werden die Wissenschaftler ihr Wissen über die Strukturen des Universums erweitern können... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Bundesverfassungsgericht stärkt Rechte des Bundestags in europäischen Angelegenheiten

Am 19. Juni entschieden die Richter des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, dass der Bundestag ein Recht auf stärkere Beteiligung hat



bei zukünftigen Entscheidungen, die die europäische Integration betreffen. Die Einbeziehung des Bundestags ist nach Aussage der Richter das Gegengewicht zu der Kompetenzübertragung an die Europäische Union: "Die Unterrichtung muss dem Bundestag eine frühzeitige und effektive Einflussnahme auf die Willensbildung der Bundesregierung eröffnen und so erfolgen, dass das Parlament nicht in eine bloß nachvollziehende Rolle gerät." Das Urteil erfolgte auf eine Klage der Fraktion der Grünen im Bundestag, die gegen mangelnde Information im Zusammenhang mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geklagt hatten. Das Urteil hat keine Auswirkungen auf den laufenden Ratifizierungsprozess; die Abgeordneten des Bundestags wollen am 29. Juni über ESM und Fiskalpakt abstimmen... [Fortsetzung](#)

Ratifizierung des Fiskalpaktes und des ESM im Bundestag für den 29. Juni geplant



Die zwei Oppositionsparteien SPD und Grüne gaben am 21. Juni bekannt, dass sie sich mit der Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf eine Ratifizierung des Vertrags für einen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und des Fiskalpaktes am 29. Juni geeinigt hätten. Der ESM wird jedoch nicht am 1. Juli in Kraft treten, nachdem Bundespräsident Joachim Gauck bekannt gab, dass er den Vertrag erst später unterzeichnen wird. Hierum hatte ihn das Bundesverfassungsgericht gebeten, das Zeit benötigt, um den Text rechtlich zu prüfen, gegen den die Partei "Die Linke" und andere Abgeordnete bereits Rechtsschutzverfahren angekündigt haben... [Fortsetzung](#)

Kompetenzverlagerung nach Brüssel nur durch Referendum möglich



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sprach sich in einem Gespräch mit dem Wochenmagazin 'Der Spiegel', das am 25. Juni veröffentlicht wurde, für ein Referendum aus, falls das deutsche Grundgesetz einer weiteren Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel entgegen steht. "Man kann weitere Kompetenzen nach Brüssel verlagern, aber die deutsche Bevölkerung muss sich hierfür aussprechen", erklärte Wolfgang Schäuble in dem Spiegel-Gespräch auf die Frage nach einer möglichen weiteren Kompetenzverlagerung, die er persönlich befürwortet. Schäuble fügte hinzu: "Dies könnte schneller geschehen, als ich das noch vor wenigen Monaten gedacht hätte." Er betonte, dass die europäischen Entscheidungsträger auf dem Europäischen Rat am 28. und 29. Juni "konkrete Vorschläge für eine stärkere Integration" machen wollen. Schäuble wollte keinen genauen Zeitrahmen für ein Referendum nennen, er sagte jedoch, dass er ein solches innerhalb der nächsten fünf Jahre für möglich halte... [Fortsetzung](#)

Österreich :

Einigung über neue Anti-Korruptions-Regelungen



Die österreichische sozialdemokratische Partei SPÖ, die konservative Partei ÖVP und die Grünen einigten sich am 19. Juni auf eine Reform der Regelungen im Kampf gegen Korruption im politischen Milieu, nachdem es in den letzten Jahren immer wieder zu neuen Korruptionsskandalen gekommen war. "Transparenz ist das beste Mittel zur Vermeidung von Korruption", sagte Karl-Heinz Kopf, Fraktionschef der ÖVP. Das "Transparenzpaket" sieht unter anderem vor, dass Parteien zukünftig private Spenden ab einer Höhe von 3500 Euro (bisher 7260 Euro) deklarieren müssen. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines nationalen Spendenregisters geplant und die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung gewählter Vertreter im Falle der Vorteilsannahme, auch wenn (noch) keine Einflussnahme nachweisbar ist. Der Gesetzestext soll in einer außerordentlichen Sitzung am 27. Juni im Parlament verabschiedet werden... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Spanischer Kongress ratifiziert den europäischen Fiskalpakt

Der spanische Kongress hat am 21. Juni den europäischen Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der



Wirtschafts- und Währungsunion) ratifiziert. Der Text wurde mit absoluter Mehrheit von 311 Abgeordneten mit 19 Gegenstimmen angenommen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Nominierung neuer Regierungsmitglieder - Regierung Ayrault II



Am 21. Juni ernannte der französische Präsident François Hollande auf Vorschlag seines Premierministers, Jean-Marc Ayrault, die Regierungsmitglieder der neuen Regierung. Es gab nur wenig Änderungen im Vergleich zur Regierung Ayrault I. Vier neue Minister werden der Regierung angehören: Guillaume Garot, zuständig für Nahrungsmittel, Anne-Marie Escoffier, zuständig für Dezentralisation, Thierry Repentin, zuständig für Berufsausbildung und Hélène Conway, zuständig für im Ausland lebende Franzosen. Die Geschlechtergleichheit bleibt gewahrt mit nunmehr 19 Männern und 19 Frauen. Delphine Batho wird Umweltministerin und Nicole Bricq Ministerin für Außenhandel... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Antonio Samaras wird griechischer Premierminister



Nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen am 17. Juni wurde der Vorsitzende der mitte-rechts-Partei "Neue Demokratie", Antonio Samaras, am 20. Juni zum neuen Premierminister Griechenlands nominiert mit Unterstützung der Sozialistischen Panhellenischen Bewegung "Pasok" und der Demokratischen Linken "Dimar", deren Unterstützung für die Regierungsbildung notwendig war. Am 21. Juni stellte Samaras sein Kabinett vor, dem 38 Mitglieder angehören, darunter 17 Minister. Unter den Ministern gibt es nur eine Frau: Olga Kefaloyanni wurde Tourismusministerin. Am Nachmittag des 21. Juni leisteten die Minister ihren Amtseid, bevor sie zu ihrem ersten Ministerrat zusammen trafen. Regierungschef Samaras erklärte, dass die Neuverhandlung des Rettungsplans für Griechenland mit der EU und dem IWF seine Priorität sei... [Fortsetzung](#)

Ungarn :

Neue Verfassungsänderungen in Ungarn



Am 21. Juni gab die ungarische Regierung bekannt, dass sie neue Verfassungsänderungen plane im Hinblick auf das Gesetz zur ungarischen Zentralbank (MNB). Das Parlament soll innerhalb der kommenden zwei Wochen hierüber abstimmen. Der Brief mit entsprechenden Informationen wurde auch an die Europäische Kommission, an den IWF und an die EZB verschickt, um sie zu informieren. Der ungarische Premierminister Viktor Orban informierte Kommissionspräsident José Manuel Barroso, dass er sich nicht in die Nominierung des Vizepräsidenten der MNB einmischen werde, auch nicht in die Nominierung weiterer Mitglieder des Verwaltungsrates der MNB... [Fortsetzung](#)

Italien :

Interview mit Mario Monti in der Europäischen Presse



Am 22. Juni erschien in 6 europäischen Zeitungen ein Interview mit dem italienischen Regierungschef Mario Monti, darunter "le Monde", "la Stampa", "El Pais", "Süddeutsche" und "The Guardian". Mario Monti äußerte sich in dem Interview positiv über die wirtschaftliche Lage Italiens, er bekräftigte, dass das Land keine internationale Hilfe in Anspruch nehmen müsse. Er sprach sich darüber hinaus als Ausweg aus der aktuellen Krise für mehr europäische Integration aus. In Bezug auf das Ratstreffen am 28. und 29. Juni forderte er ein schnelles Handeln "in finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Perspektive". Auf die Frage nach einem möglichen "Albtraumszenario" erklärte er: "Es gäbe immer heftigere Spekulationsangriffe auf einzelne Länder" und "Ein großer Teil Europas müsste weiterhin sehr hohe Zinsen ertragen, die dann indirekt auch bei den Unternehmen durchschlagen [würden]." Mario Monti äußerte sich in dem Interview auch zum Anstieg einer anti-europäischen

Lettland :

Rücktritt des lettischen Justizministers



Der lettische Justizminister, Gaidis Berzins, trat am 21. Juni aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit Premierminister Valdis Dombrovskis zurück. Beide vertreten unterschiedliche Ansichten zur Frage der Rückübergabe von Immobilien, die im 2. Weltkrieg getöteten Juden gehörten. Der lettische Justizminister war der Ansicht, dass diese Frage bereits im Jahr 2010 abschließend geregelt worden sei, während der Premierminister eine neue Kommission mit der Verfolgung dieser Angelegenheit betrauen möchte... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Gespräch mit Joseph Daul in der Zeitschrift "The Ukrainian Week"



Am 19. Juni veröffentlichte die Zeitschrift "The Ukrainian Week" ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei) im Europäischen Parlament, Joseph Daul. In dem Gespräch erklärte er, dass er sich für Julia Timoschenko einsetzen werde, bis diese aus der Haft entlassen wird. Nach Meinung Dauls ist es die Aufgabe der Europäischen Union, die Zivilgesellschaft zu unterstützen, die Freiheit der Medien zu garantieren und die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zu fördern. Europäische Hilfsgelder müssten zur Förderung der Demokratie eingesetzt werden, indem Menschen unterstützt werden, die sich für den Aufbau eines Rechtsstaats und für die Achtung der Menschenrechte einsetzen. Er betonte, dass die Europäischen Abgeordneten jederzeit bereit wären, den Bürgern der Ukraine zu helfen, sobald diese darum bitten würden: "Wir rufen zu Solidarität mit denen auf, die kämpfen, um zur Demokratie in der Ukraine zurück zu finden.".. [Fortsetzung](#)

Prozess gegen Julia Timoschenko auf 10. Juli vertagt



Die Verantwortlichen im Strafverfahren gegen Julia Timoschenko gaben am 24. Juni bekannt, dass Julia Timoschenko nicht am 25. Juni vor Gericht erscheinen wird (trotz der internationalen Proteste gegen den Prozess) aufgrund des Gesundheitszustands der Angeklagten. Julia Timoschenko, die an einem Bandscheibenvorfall leidet, "wird nicht zum Gericht gebracht werden, da sie in einem Brief mitgeteilt hat, dass sie sich weigert, an dem Prozess teilzunehmen". Die ehemalige Premierministerin der Ukraine beruft sich auf Empfehlungen ihres deutschen Arztes, Karl Max Einhäupl. Am 25. Juni gab die ukrainische Justiz bekannt, dass sie den Prozess verschieben wird. Die Anhörung, die für den 25. Juni geplant war, wird auf den 10. Juli verschoben und damit auf über eine Woche nach dem Ende der Fußball-Europameisterschaft 2012... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) |

UNO :

"Die Zukunft, die wir wollen"



Nach mehrtägigen Verhandlungen erreichten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf der Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20 am 22. Juni eine Einigung. Das Abschlussdokument mit dem Titel "Die Zukunft, die wir wollen" enthält eine Vielzahl an Aktionen, um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, wie auch die Verpflichtung zu einer Stärkung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP). Die Regierungen in der gesamten Welt, der Privatsektor und die Organisationen der Zivilgesellschaft verpflichteten sich ebenso, 513 Milliarden bereit zu stellen, um die Nachhaltigkeit zu fördern. Von allen zugesagten Zahlungen sollen 323 Milliarden Dollar der von Generalsekretär Ban Ki-Moon gestarteten Initiative "Erneuerbare Energie für alle" zufließen, deren Ziel es ist, bis zum Jahr 2030 für alle Menschen einen Zugang zu sauberer Energie zu gewährleisten... [Fortsetzung](#)

Kofi Annan trifft Robert Mood in Genf



Der Sondergesandte der UNO und der Arabischen Liga für Syrien, Kofi Annan, und der Chef der Beobachtermission der UNO, Robert Mood, erläuterten auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 22. Juni in Genf die Lage in Syrien. Kofi Annan erklärte, dass Iran in die Suche nach einer Lösung für die Krise in Syrien einbezogen werden müsse. Er forderte außerdem von der internationalen Gemeinschaft, den Druck auf die beteiligten Konfliktparteien zu erhöhen. Robert Mood erklärte, dass es inakzeptabel sei, dass Zivilbürger in die Kampfhandlungen involviert würden. Kofi Annan und Robert Mood erläuterten die Zukunft der Beobachtermission, deren Mandat am 20. Juli endet und dessen Tätigkeit seit dem 16. Juni unterbrochen ist... [Fortsetzung](#)

OECD :

OECD prangert Korruption in Griechenland und in der Slowakei an



Am 20. Juni legte die Arbeitsgruppe zum Thema Korruption zwei Berichte vor - einen für Griechenland und einen für die Slowakei. Die OECD fordert beide Länder eindringlich zum Kampf gegen die Korruption auf. Griechenland hat es versäumt, eine transnationale Korruptionsaffäre zu verfolgen. Die Slowakei muss zwölf Jahre nach Unterzeichnung der Konvention zum Kampf gegen Korruption ein effizientes und verpflichtendes Anti-Korruptionssystem installieren. Die Arbeitsgruppe legt für beide Länder Empfehlungen vor, wobei auch die positiven Aspekte und die Erfolge der Slowakei betont werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Eurostat :

Stark unterschiedliche BIP pro Kopf in den EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2011



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 20. Juni veröffentlichte, variierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftstandards von 45% bis 274% des EU-Durchschnitts zwischen den Mitgliedstaaten im Jahr 2011. Die höchsten Werte verzeichneten Luxemburg (über 2,5 x der Wert des Durchschnitts-BIP in der EU) und die Niederlande (30% über dem Durchschnitts-BIP in der EU). Zypern lag ungefähr 10% unter dem Durchschnittswert der EU, während Slowenien, Malta, Griechenland, Tschechien und Portugal zwischen 15% und 25% unter dem Durchschnittswert lagen. Das BIP der Slowakei lag 25% unter dem Durchschnittswert in der EU. Das BIP in Estland, Ungarn, Polen und Litauen lag zwischen 30% und 40% unter dem EU-Durchschnittswert, in Lettland lag es sogar bis zu 40% unter dem Durchschnitt, in Rumänien 50% und in Bulgarien 55%... [Fortsetzung](#)

2011 wurden 84 100 Asylanträge von den Mitgliedsländern der EU positiv beschieden



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 19. Juni veröffentlichte, beschieden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2011 insgesamt 84 100 Asylanträge positiv, gegenüber 75 800 im Jahr 2010. Die meisten aufgenommenen Asylbewerber kommen aus Afghanistan (16%), Irak und Somalia (jeweils 11%). Insgesamt gab es in der Europäischen Union im Jahr 2011 365 600 Entscheidungen in Asylverfahren. Die Anerkennungsquote liegt in der ersten Instanz bei 25%, in der Berufungsinstanz liegt sie bei 19%. Die Länder, die die größte Anzahl Asylbewerber aufgenommen haben sind Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Schweden, die Niederlande und Italien... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Wie geht es mit der Östlichen Partnerschaft weiter?



Das Finnische Institut für Internationale Angelegenheiten (FIFA) hat eine Studie veröffentlicht zur Zukunft der Östlichen Partnerschaft. Die Studie mit dem Titel "A rocky road towards Europe: the prospects for the EU's Eastern Partnership Association Agreements" zeigt, dass die Demokratiedefizite in den Partnerschaftsländern die Unterzeichnung weiterer Abkommen in Frage stellen und dass die Sackgasse, in der sich aktuell die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine befinden, die Partnerschaft in Misskredit bringt. Nach Meinung des Autors sollte die Europäische Union jedoch zwischen solchen Ländern unterscheiden, mit denen sie

eine vollwertige und ehrgeizige Partnerschaft eingehen kann und anderen, mit denen sie lediglich begrenztere Kooperationsabkommen abschließen kann... [Fortsetzung](#)

Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europäischer Union und Indien



Die Stiftung für Internationale Beziehungen und Außenpolitischen Dialog (FRIDE) veröffentlicht eine Studie über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und Indien: "EU-India Free Trade: make or break". Die Autoren analysieren die Entwicklung der Beziehungen seit dem Beginn der Krise der Eurozone und dem Rückgang des Wachstums in Indien. Sie empfehlen die schnelle Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens, um Vertrauen zurück zu gewinnen und um den jeweiligen Wohlstand zu fördern... [Fortsetzung](#)

Bericht über den Schutz persönlicher Daten



Am 19. Juni stellte der Europäische Datenschutzbeauftragte einen Bericht vor, den er vor dem Ausschuss für Grundrechte, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments präsentierte. Dem Bericht entsprechend gab es große Fortschritte beim Schutz persönlicher Daten. Die Prüfungen innerhalb der europäischen Institutionen und Agenturen haben gezeigt, dass diese auf dem richtigen Weg seien. Der Datenschutzbeauftragte hob die Rekordzahl an Rückmeldungen hervor, insbesondere in Bezug auf eine Überarbeitung des europäischen Rechtsrahmens zum Datenschutz, der eine der Hauptprioritäten im Jahr 2012 sein wird... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Irving Penn im Museum für Moderne Kunst in Malmö



Das Museum für Moderne Kunst (moderna museet) in Malmö zeigt bis zum 2. September eine Auswahl der Werke des Photographen Irving Penn. Die fast 100 ausgestellten Photographien geben ein Bild der Vielfalt seines Werkes, das unter anderem Modephotographie (mit dem Magazin "Vogue"), Stillleben und Portraits umfasst... [Fortsetzung](#)

Bundeskunsthalle feiert 20. Geburtstag mit einer Ausstellung von Anselm Kiefer



Vor 20 Jahren öffnete die Bundeskunsthalle in Bonn ihre Türen. Seither wurden über 180 Ausstellungen gezeigt mit insgesamt über 16,5 Millionen Besuchern. Bis zum 16. September zeigt die Bundeskunsthalle in einer großen Ausstellung die Werke des Künstlers Anselm Kiefer (geboren 1945). Gezeigt wird die größte Privatsammlung des Sammlers Hans Grothe, die erstmals in ihrer Gesamtheit der Öffentlichkeit präsentiert wird. Zu sehen sind Werke Kiefers aus den Jahren 1980 bis heute... [Fortsetzung](#)

Festival Chopin in Paris



Bis zum 14. Juli wird in Paris zum 29. Mal das Frédéric Chopin Festival stattfinden. Im Rahmen des Festivals werden nicht nur Werke dieses bekannten Komponisten aufgeführt, die von jungen Pianisten interpretiert werden, sondern es sind ebenso die Werke anderer Komponisten zu hören, insbesondere aus Russland, dessen Kompositionen oft von Frédéric Chopin beeinflusst wurden. Die Abschlussveranstaltung ist in diesem Jahr Claude Debussy gewidmet, um den 150. Geburtstag des Künstlers zu feiern... [Fortsetzung](#)

Agenda :



25. Juni
Luxemburg

Jun Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"

26. Juni
Luxemburg
Ratstreffen "Allgemeine Angelegenheiten"

28. -29. Juni
Brüssel
Europäischer Rat

30. Juni
Präsidentschaftswahlen - Island

1. Juli
Zypern übernimmt die Ratspräsidentschaft

2. -5. Juli
Straßburg
Sitzungswoche des Europäischen Parlaments

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Fabrice Laffargue, Mélanie Laplace, Camille Stephan, Marion Zosi.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}